



Merkblatt: Antragsunterlagen für die Genehmigung einer Ersatzschule

Ihrem Antrag auf Genehmigung einer Ersatzschule sind nachfolgend aufgeführte Unterlagen beizufügen (§ 1 Absatz 3 Ersatzschulverordnung). Bitte beachten Sie die Frist zur Einreichung der Unterlagen von 7 Monaten vor Schulbeginn, da neben der verwaltungsrechtlichen Prüfung umfassende schulfachliche, haushaltsrechtliche und baufachliche Prüfungen durchzuführen sind:

1 Unterlagen zur Bezeichnung des Schulträgers

- bei Einzelpersonen:
Name und Vorname, tabellarischer Lebenslauf mit Angaben zum Geburtstag, Geburtsort, der Staatsangehörigkeit und der Anschrift, sowie ein aktuelles Führungszeugnis nach § 30 Abs. 1 Bundeszentralregistergesetz
- bei juristischen Personen oder Personenvereinigungen:
Name, Rechtsform, Sitz, Satzung des Trägervereins oder den Gesellschaftsvertrag, einen aktuellen unbeglaubigten Auszug aus dem Vereins- oder Handelsregister, vertretungsberechtigte Organe, eine Liste der vertretungsberechtigten Vorstandsmitglieder oder Geschäftsführer, aktuelle Führungszeugnisse gemäß § 30 Abs. 1 Bundeszentralregistergesetz und tabellarische Lebensläufe der vertretungsberechtigten Personen mit Angaben zum Geburtstag, Geburtsort, der Staatsangehörigkeit und der Anschrift

2 Unterlagen zur Ersatzschule



- die Bezeichnung der Schule, der Schulstufe, der Schulform, der Schulart und ggf. des sonderpädagogischen Förderschwerpunktes
- die Bezeichnung des Lehrplans
- den vollständigen Lehrplan und die Stundentafel soweit sie nicht mit den staatlichen Regelungen übereinstimmen
- die geplante Größe und Gliederung
- die Anschrift der Schule

3 Unterlagen zur Schulleitung, der stellvertretenden Schulleitung und den Lehrerinnen und Lehrern

- die Benennung jeweils unter Angabe von Vornamen und Namen, Staatsangehörigkeit, vorgesehenem Unterrichtsfach gemäß Stundentafel und, wenn sonderpädagogische Förderung stattfindet, sonderpädagogischen Förderschwerpunkten
- Nachweise über die Vor- und Ausbildung und die Ablegung von Prüfungen
- aktuelle Führungszeugnisse gemäß § 30a Abs. 1 Bundeszentralregistergesetz
- die vorgesehenen Arbeitsverträge

4 Unterlagen zum Schulgebäude

- Angaben über die für die Ersatzschule vorgesehenen Räume, differenziert nach Lage innerhalb des Gebäudes, Nutzungszweck und Größe
- Lageplan und Grundriss jeweils im Maßstab 1:100
- Grundflächenberechnung nach DIN 277
- Protokoll der zuständigen Feuerwehr über eine Brandschau
- Nachweis über Nutzungsrechte an den Schulräumen (z.B. Grundbuchauszug, ggf. Mietoption, Mietvorvertrag oder unter der Bedingung der



Ersatzschulgenehmigung abgeschlossener Mietvertrag) und über die baurechtliche Zulässigkeit der Schulnutzung (z. B. Nutzungsänderungsbescheid, Baugenehmigung)

- Nachweis über die Nutzungsrechte an Sportstätten im erforderlichen Umfang

5 Unterlagen zur Finanzierung der Ersatzschule

- Angaben, ob ein Schulgeld erhoben wird und ggf. über dessen Höhe sowie über Freistellungen und Ermäßigungen
- den Haushaltsvoranschlag der Ersatzschule für das bei Betriebsbeginn laufende sowie die Planung für die zwei folgenden Haushaltsjahre nach den in der Ersatzschulfinanzierungsverordnung vorgegebenen Mustern
- den Nachweis über die Aufbringung der Eigenleistung zur Sicherung des Schulbetriebs für den in § 1 Abs. 3 Nr. 5 Buchstabe b) genannten Zeitraum (z.B. zweckgebundene Kautions- oder Bankbürgschaft)
- die Erklärung, ob der Schulträger für die Bereitstellung von Schulgebäuden und -räumen Aufwendungen für Miete oder Pacht geltend machen will